

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Alexander Muthmann, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Standortsicherung der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, welche Strategie sie bei den zwischenzeitlich gescheiterten Fusionsverhandlungen zwischen EADS und BAE Systems verfolgt und welchen Einfluss sie zur Stärkung der heimischen Luft- und Raumfahrtindustrie in dem Prozess geltend gemacht hat.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Bundeswehrstrukturreform des Jahres 2011 der Standortsicherung der heimischen Luft- und Raumfahrtindustrie erheblich schadet, da zahlreiche Luftwaffenstandorte verkleinert, aufgelöst und nach Norddeutschland verlagert werden.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Nachverhandlungen mit dem Bundesministerium der Verteidigung die Standortentscheidungen bei der Luftwaffe zu korrigieren, zumindest aber die Verlagerungen zeitlich nach hinten zu verschieben. Insbesondere soll sie mit Nachdruck das Projekt einer zivil-militärischen Kooperation für die Ausbildung bei der technischen Schule der Luftwaffe I am Standort Kaufbeuren begleiten und fördern.

Begründung:

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist für den Freistaat Bayern ein äußerst wichtiger Wirtschaftszweig, der maßgeblich zum Ruf Bayerns als Hochtechnologiestandort beigetragen hat. Viele hochqualifizierte Arbeitsplätze sind hier entstanden. Es ist Aufgabe der Staatsregierung, in diesem Bereich Standortsicherung zu betreiben und nach Möglichkeit sogar einen Ausbau dieser Kernkompetenz Bayerns zu fördern.

Die Staatsregierung soll nun berichten, welches Ziel sie im Rahmen der für die Standortfrage durchaus wichtigen Fusionsverhandlung zwischen EADS und BAE Systems verfolgt und wie sie ihre Vorstellungen eingebracht hat.

Festzustellen ist aber, dass die Bundeswehrreform für diesen Industriezweig ein schwerer Schlag war. Die Staatsregierung wird aufgefordert, alles zu tun, damit hier auf militärischem Gebiet noch Korrekturen vorgenommen werden, denn es steht zu befürchten, dass die Wirtschaft auch in Standortfragen langfristig dem Militär folgt und nicht umgekehrt.